

köwi Journal

ökologisch sozial lokal

Unabhängiges und überparteiliches Magazin der Königswinterer Wählerinitiative e.V (KöWI). Informationen und Meinungen zur Kommunalpolitik in unserer Stadt.

AUSGABE
02/2018

GROSSER NACHHOLBEDARF: MEHR PREISWERTEN WOHNRAUM SCHAFFEN

„BÜRGER-
BETEILIGUNG
STÄRKEN!“
Info-Veranstaltung
15.11.2018
19:00 Uhr
MEHR AUF SEITE 3



RHEINALLEE: MEHR SICHERHEIT
FÜR FUSSGÄNGER S.2



KINDERGARTENPLÄTZE:
NACHFRAGEÜBERHANG S.4



RATHAUS: ZUKUNTSFÄHIGE
VERWALTUNG S.6



RHEINALLEE ALTSTADT

FUSSGÄNGER ALS SCHWÄCHSTE VERKEHRSTEILNEHMER SCHÜTZEN

Radfahrer rasen am Rhein entlang – ohne Rücksicht auf die Fußgänger. Das muss sich ändern. So die Bürgermeinung in einer von der Stadtverwaltung Königswinter einberufenen Bürgerwerkstatt über die Zukunft der Rheinallee im letzten Jahr.



Nachdem ursprünglich ein von der Stadt beauftragtes Planungsbüro vorgeschlagen hatte, die Radwege zu verbreitern und dafür alte Bäume zu fällen, ging die Diskussion der Bürgerschaft genau in die entgegengesetzte Richtung. Nicht die Vorfahrt der Radfahrer war das Ziel, sondern der Schutz der Fußgänger als schwächste Verkehrsteilnehmer stand im Vordergrund. Bereits im letzten KÖWI-Journal hatte sich die Königswinterer Wählerinitiative diese Forderung zu eigen gemacht und für die Radfahrer eine zusätzliche Ausweichstrecke vorgeschlagen.

Peter Landsberg, Ratsmitglied aus der Altstadt, hat dazu eine eigene Verkehrszählung an acht Tagen vom 2. bis 9. September in jeweils einer Stunde durchgeführt. Danach gab es in dieser Zeit 1.336 Verkehrsteilnehmer, davon 269 Fußgän-

ger, 65 Jogger, aber 1.002 Radfahrer. Von den Radfahrern waren 827 langsam und 175 schnell unterwegs. Die Zählung zeigt, dass rund viermal so viele Radfahrer wie Fußgänger an der Rheinallee verkehrten. Sie unterstützt damit die Forderung, wenigstens einem Teil der Radfahrer, nämlich denen, die nur von A nach B wollen, eine Ausweichstrecke anzubieten.

AUSWEICHSTRECKE FÜR RADFAHRER

Eine solche Umgehungsmöglichkeit ist nun im Bau- und Verkehrsausschuss auf Vorschlag einer interfraktionell zusammengesetzten Arbeitsgruppe als Fahrrad-vorrangstraße beschlossen worden. Sie geht von Süd nach Nord vom Rhein aus am Maritim vorbei über die Hauptstraße, die Drachenfelsstraße, die Wilhelmstraße, die Bahnhofsallee hinter dem CJD vorbei und über die Johannes-Albers-Allee wieder an den Rhein zurück. Und von Nord nach Süd geht die neue Alternativtour vom Rhein aus über die Johannes-Albers-Allee, die Bahnhofsallee und Wilhelmstraße, auf die Grabenstraße, Remigius- und Steinmetzstraße wieder zurück an den Rhein.

FAHRRADFahren BLEIBT ERLAUBT

Die Rheinpromenade ist nun tatsächlich Fußgängerzone. Von der Longenburg bis zur Haltestelle Denkmal. Über weite Strecken ist das Fahrradfahren aber erlaubt. „Und darauf legen wir großen Wert. Schließlich wollen wir ja die umweltfreundliche Fahrradmobilität fördern und nicht behindern. Aber hier besteht einfach

ein gefährlicher Engpass, deshalb müssen die schwächeren Verkehrsteilnehmer besonders geschützt werden. Wünschenswert wäre eine zeitliche Einschränkung der Maßnahme, aber das scheint rechtlich nicht möglich“, so Thomas Mael, KÖWI-Vertreter in der AG Fahrradwege.

Lediglich zwischen Eselsbrunnen und dem Fährabbieger müssen Radfahrer absteigen und das Rad schieben. Darüber hinaus wurden zahlreiche Stolperfallen auf der Rheinpromenade entschärft und damit die Verkehrssicherheit wieder hergestellt. Das ist aus Sicht der KÖWI-Fraktion sehr zu begrüßen. Auch wenn die Beschilderung mehr Fragen aufwirft, als dass sie Handlungsanleitung wäre.



Das wird auch der Grund sein, weshalb die Radfahrer an der Haltestelle „Fähre“ nicht absteigen. Ulrike Ries, sachkundige Bürgerin im Planungsausschuss, hat das beobachtet: „Innerhalb einer halben Stunde haben sich 80 % der Radfahrer durch die Fußgänger hindurchgeschlängelt, 20% sind untenherum am Fähranleger vorbeigefahren.“ ■

► KOOPERATIVES BAULANDMODELL MEHR PREISWERTEN WOHNRAUM SCHAFFEN



Neubau der WWG Königswinter in Oberpleis (Herresbacher Straße)

Seit knapp 30 Jahren wird in Königswinter über die Einführung eines kommunalen Baulandmodells diskutiert. Jetzt ist der Planungsausschuss endlich einem Antrag der KöWI-Fraktion gefolgt und hat die Verwaltung beauftragt, Vorschläge für ein Baulandmodell als Instrument der Stadtentwicklung zu erarbeiten. Ziel des Modells ist es, sowohl den öffentlich geförderten Wohnungsbau und das preiswerte Wohnungsmarktsegment zu stärken, als auch die Vorhabenträger eines Bebauungsplanverfahrens an den planbedingten Folgekosten (zum Beispiel Kindertagesstätten, öffentliche Spielplätze, etc.) zu beteiligen.

Ein Kooperatives Baulandmodell steht nach dem Verständnis der KöWI-Fraktion für eine transparente Gleichbehandlung aller Vorhabenträger, die ein Bebauungsplanverfahren mit Wohnungsbau durchführen möchten. Ein wichtiger Anlass für die Einführung ist der seit Jahren stark sinkende Anteil von öffentlich geförderten Mietwohnungen am Gesamtbestand in der Stadt Königswinter und dem gleichzeitig geringen Neubauvolumen von öffentlich geförderten Wohnungen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Entlastung des städtischen Haushaltes und damit der Steuerzahler.

VERZICHT AUF ENTLASTUNG

Aus Sicht des KöWI-Fraktionsvorsitzenden Lutz Wagner sollte der Rat möglichst bald einen kommunalen Baulandbeschluss herbeiführen: „Vor dem Hintergrund der Ausweisung möglicher neuer

Baugebiete und dem dringenden Nachholbedarf bei der Schaffung öffentlich geförderten Wohnraumes müssen wir dieses Thema mit hoher Priorität angehen. Ein Baulandbeschluss ist das ideale Instrument, um unsere städtebaulichen Ziele zu steuern. Am Beispiel der Baugebiete am Limperichsberg in Thomasberg und am Taubenbergweg in Ittenbach kann man zudem eine ungefähre Vorstellung davon bekommen, welche finanzielle Entlastung für den Haushalt mit einem Baulandmodell möglich gewesen wäre. Gut, dass CDU und FDP offenbar ihre Meinung zu diesem Thema geändert haben.“

EIGENTÜMER WERDEN BETEILIGT

In ihrem Antrag haben die KöWIs zwei mögliche Alternativen für die Ausgestaltung vorgeschlagen: Danach kann die Stadt einen Teil der zu bebauenden Flächen zu einem erheblich verringerten Preis erwerben, um aus diesen Einnahmen sozialen Wohnungsbau zu finanzieren. Oder die Grundstückseigentümer beteiligen sich direkt an den Kosten der Baulandentwicklung, indem sie sich verpflichten, auf 30 Prozent der geplanten Nettowohnfläche öffentlich geförderte Wohnungen zu errichten. Aufgrund der Tatsache, dass nicht alle Standorte für sozialen Wohnungsbau geeignet sind, könnte sich für Königswinter auch ein niedrigerer Wert als sinnvoll erweisen. Zudem muss eine Bagatellgrenze festgelegt werden, was letztlich bedeutet, dass kleinere Parzellen nicht betroffen wären. Grundsätzlich würde die Regelung für alle Flächen angewendet, für die neues Planungsrecht geschaffen wird. ■

BÜRGERBETEILIGUNG: KÖNIGSWINTER BRAUCHT EINE BETEILIGUNGSKULTUR

Mehr Transparenz und Anerkennung der Mitwirkungsrechte der Bürger. Das fordern immer mehr Menschen in Königswinter. Während bereits in mehr als 60 Städten und Gemeinden weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in Leitlinien oder Satzungen verbindlich verankert sind, hat Königswinter auf diesem Gebiet noch ordentlich „Luft nach oben“.

Die Königswinterer Wählerinitiative (KöWI) setzt sich seit langem für eine weitreichendere Bürgerbeteiligung ein, die über die bestehenden gesetzlichen Vorschriften hinausgeht. Ratsmitglied Alexander Stucke: „Frühzeitige und weitgehende Einbeziehung der Bürger hat viele Vorteile: Planungen sind dadurch bedarfsgerechter als Entscheidungen am grünen Tisch. Mehr Transparenz und Teilhabe schafft zudem Vertrauen in das Handeln von Politik und Verwaltung“. Gute Ideen und Vorschläge der unmittelbar Betroffenen können eine Planung deutlich bereichern. Sie dürfen deshalb nicht als lästiges Übel angesehen werden.

Bestes Beispiel für den Erfolg des bürgerschaftlichen Engagements: Ohne die Einsprüche der Bürger wären am Rhein schöne, alte Bäume, die die Uferpromenade prägen, vermutlich abgeholzt worden, und das eine oder andere Wohngebiet wäre deutlich massiver ausgefallen.

Es lohnt sich also, sich einzumischen, seine Mitwirkungsrechte einzufordern. Das gilt nicht nur für Einheimische, sondern auch für Migranten. Und es betrifft nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche. Gerade sie sollten so früh wie möglich lernen, dass sie Rechte haben und dass ihre Meinung zählt.



BÜRGERBETEILIGUNG STÄRKEN

Zu diesem Thema lädt die KöWI-Fraktion zu einer öffentlichen Veranstaltung am 15.11.2018 um 19 Uhr in das Haus Bachem ein.



Hier werden Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden auf diesem Gebiet vorgestellt. Und es geht um die Voraussetzungen, damit die Bürgerbeteiligung den Erfolg hat, den sie verdient. ■



KITA-ERWEITERUNGEN FRÜHZEITIG PLANEN

IMMER LÄNGERE WARTELISTE



MITMACHEN LOHNT:
KÖWI-MITGLIEDER
NEHMEN EINFLUSS!

Weltweite Themen, die die Menschen bewegen, wie Klimaschutz, Armut im Alter, Schutz der Wälder und des Wassers, sind auch in den Kommunen bedeutsam. Denn über eine nachhaltige, d.h. Ressourcen schonende Stadtentwicklung, soziale Vorsorge und Betreuung, Natur- und Umweltschutz wird auch vor Ort entschieden.

Deshalb wächst das Interesse an der Kommunalpolitik. Überall, auch in Königswinter, entstehen Bürgerinitiativen, die nicht alles klaglos hinnehmen, was in den Rathäusern, meist am „grünen Tisch“ ausgedacht wird. Nicht selten mit Erfolg. Aber noch größeren Einfluss hat man, wenn man sich dort engagiert, wo die wichtigen Entscheidungen fallen.

Die Königswinterer Wählerinitiative ist eine überparteiliche Plattform, die im Stadtrat mit elf Ratsmitgliedern und neun sachkundigen Bürgern in den Fachausschüssen vertreten ist. Unsere Fraktions- und Arbeitskreissitzungen sind öffentlich. Wer Lust hat, kommt vorbei, auch ohne KöWI-Mitglied zu sein.

Als Mitglied der KöWIs können Sie jedoch deutlich mehr bewegen. Diskutieren Sie mit. Entscheiden Sie mit. Im Sinne einer ökologischen Stadtplanung, einer vorausschauenden Bildungsplanung, durch die alle Kinder einen guten Kindergarten- und Schulplatz erhalten, und einer Sozialpolitik für die Benachteiligten und nicht zuletzt, um eine starke demokratische Kraft in Königswinter zu unterstützen. Schreiben Sie an mitmachen@koewi-online.de. ■

Es ist schon fast wie der berühmte Blick in die Kristallkugel. Jedes Frühjahr legt die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss die Planzahlen für das folgende Kindergartenjahr vor. Auf Grundlage dieser Zahlen entscheidet dann der Ausschuss darüber, ob die vorhandenen Plätze in den Kitas ausreichen und ob ein gutes Betreuungsangebot gewährleistet ist. Dafür entscheidend sind die angemeldeten Kinder in den jeweiligen Kitas sowie die gemeldeten Geburten, um auch für die Zukunft entsprechende Planungen vorbringen zu können.

Zum letzten Stichtag 1. November 2017 gab es in Königswinter 707 Kinder zwischen einem und drei Jahren und 1.086 Kinder von drei bis sechs Jahren, also insgesamt 1.793 Kinder im Kindergartenalter, wovon 1.436 Kinder den Einrichtungen zur Betreuung angemeldet wurden oder schon in einer Betreuung sind. Etliche Kinder werden außerhalb der Stadt z.B. in Bonn betreut. Viele Eltern melden ihre Kinder erst ab dem 3. oder sogar 4. Lebensjahr für eine Kita an. Andererseits gibt es wiederum eine starke Nachfrage für Kinder unter 3 Jahren.

KITA-NEUBAU BRINGT ENTLASTUNG

Stephan Bergmann, Mitglied im Jugendhilfeausschuss: „Eine punktgenaue Vorhersage für die benötigte Anzahl an Betreuungsplätzen ist daher kaum möglich. Im Bergbereich waren wir lange Zeit gut versorgt, im Talbereich aufgrund fehlender Grundstücke leider nicht. Glücklicherweise ändert sich dies jetzt durch den Neubau am Schwimmbad, aber wir müssen jetzt zeitnah auf die zusätzlich zu erwartenden Bedarfe durch Generationenwechsel und Zuzug im Stadtgebiet sowie der steigenden Nachfrage im U3-Bereich reagieren!“

Nun stehen nach der Kindergartenbedarfsplanung 2018/19 insgesamt 1.346 Kindergartenplätze den 1.436 Kindern gegenüber. Hinzu kommen 30 Plätze im Talbereich, die durch die Einrichtung einer Kita im Remigiushaus entstehen,

sowie im Bergbereich durch die Erweiterung der Kita „Rappelkiste“ um ebenfalls 30 Plätze. Diese Erweiterungen wurden schon 2017 auf den Weg gebracht, da sich schon damals ein steigender Bedarf feststellen ließ. Dies bedeutet, dass die Stadt zum 01.01.2019 ein reguläres Platzangebot für 1.406 Kinder bereitstellen kann. Die Differenz konnte bisher zu einem Großteil durch Betreuungen in Tagespflege und durch die auch gesetzlich erlaubte Überbelegung von Gruppen in Kitas aufgefangen werden. Dass dies kein Dauerzustand sein darf, sollte jedem klar sein.

WEITERER FEHLBEDARF

Neuere Berechnungen (Stand 03.09.18) weisen nun klar auf weitere Unterdeckungen hin. So sind im Laufe des Jahres Kinder durch Zuzug, aber auch Kinder aus Flüchtlingsfamilien hinzugekommen. Momentan können knapp 60 Kinder nicht betreut werden und stehen auf Wartelisten. Für die KöWIs ist es deshalb wichtig, dass der neue Kindergarten am Lämperichsberg mit seinen drei Gruppen möglichst schnell gebaut wird. Hier soll auch eine Ausbaureserve für eine vierte Gruppe eingeplant werden. Der neue Kindergarten in der Altstadt am Hallenbad sollte entgegen bisheriger Planungen vier- statt dreigruppig geplant werden. Denn gerade im Talbereich ist der Bedarf an Plätzen schon jetzt am größten. Vielen Eltern im Königswinterer Tal nützt es nichts, wenn im Bergbereich ausreichend Kindergartenplätze vorhanden sind, es aber an einem Auto mangelt.

„Aus all den genannten Gründen muss die frühzeitige Planung für Neubauten oder die Erweiterung vorhandener Einrichtungen hohe Priorität besitzen, damit das Angebot an Plätzen für unter dreijährige Kinder sowohl in den Kindergärten als auch in der Tagespflege erweitert wird. Außerdem sollte die Überbelegung der Kindergärten möglichst bald ein Ende finden. Damit Erzieherinnen nicht ständig überlastet sind, sondern der Beruf wieder an Attraktivität gewinnt“, sieht Bergmann weiteren Handlungsbedarf über die bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus. ■

► RHEINUFER NIEDERDOLLENDORF: BÜRGER HATTEN DIE BESSEREN IDEEN



Die heutige Rheinuferspromeade

Kommen Sie einmal an einem Wochenende zu uns, dann können Sie mit Ihren Ideen einpacken!“ Das Planungsbüro, das die Stadtverwaltung beauftragt hatte, die Verkehrsprobleme am Niederdollendorfer Rheinufer zu lösen, musste sich auf einer Bürgerversammlung im Juli einiges anhören. Rund 200 Bürgerinnen und Bürger diskutierten mehr als zwei Stunden lang darüber, wie Verkehrskollisionen von der Rheinstraße bis zur Schönsitzstraße in Zukunft vermieden werden können. Am Ende kam heraus, dass die unmittelbaren Anlieger teilweise die besseren Ideen hatten.



Gefährliche Engpässe für Fußgänger

ABLEHNUNG FÜR EINBAHNSTRASSE

So wurde der Vorschlag des Planungsbüros, die Godesberger Straße als Einbahnstraße von der Hauptstraße aus zu führen, einhellig abgelehnt. Die Gründe lagen auf der Hand: Für größere Fahrzeuge ist die Einfahrt zu schmal, vor allem Rettungswagen, Lieferwagen etc. müssen deshalb zwingend die Zufahrt vom Rhein aus nehmen. Außerdem wurde befürchtet, dass der Autoverkehr am Rhein und auf der Schönsitzstraße zunimmt. Am Ende fand der Vorschlag, die Godesberger Straße am Rhein mit Hilfe eines Pollers abzuriegeln und nur Feuerwehr, Rettungsfahrzeuge und dergleichen durchzulassen, die größte Zustimmung.

Einsprüche gab es gegen den Vorschlag, in Höhe der Schönsitzstraße auf der Rheinwiese neue Parkplätze zu schaffen und dafür etliche alte Bäume zu fällen. Die Bürger bevorzugten dagegen einen größeren Parkplatz an der Fähre, wobei ausschließlich Behindertenparkplätze direkt am „Weinhaus“ geschaffen werden sollten. Der Vorschlag des Planungsbüros, das wilde Parken rund um das „Weinhaus“ zu beenden, wurde begrüßt.

AUTOVERKEHR EINSCHRÄNKEN

Viel Zuspruch erhielt Jürgen Koenemann für seine Forderung, den „Dicke Boom“ am Rhein Ecke Godesberger Straße auf jeden Fall zu erhalten. Der Autoverkehr am Rhein solle erschwert und nicht erleichtert werden. Deshalb sollte zwischen Radweg und Autostraße eine begrünte Begrenzung erhalten bleiben. Für zahlreiche Bürger waren – ähnlich wie in der Altstadt – rücksichtslose Radfahrer ein wichtiges Problem. Dabei zeigte sich, dass die Trennung von Rad- und Fußweg ein probates Mittel sein kann, um dem Problem zu begegnen. Die Vorschläge des Planungsbüros, das Rheinufer auch architektonisch neu zu gestalten, fand zwar keine einhellige Zustimmung, aber dass sich hier endlich etwas bewegt, die „heute tote und ungepflegte Stolperstrecke“ zu beenden (so die KöWi in einem Flugblatt, das kurz vor der Bürgerversammlung an die Haushalte verteilt wurde), fand natürlich Beifall. Es wird nun darauf ankommen, die Detailplanung genau zu beobachten. Vor allem verkehrsberuhigende Maßnahmen, auch die Gestaltung der Einnündung der Rheinstraße zum Rhein und die Wendemöglichkeit auf der Godesberger Straße verdienen große Beachtung. Damit das Rheinufer in Niederdollendorf am Ende nicht „verschlimmbessert“ wird. Und letztlich kommt es darauf an, wie der Bau- und Verkehrsausschuss mit den Erkenntnissen aus der Bürgeranhörung umgeht. ■

ABRECHNUNG ALTSTADTSANIERUNG: HAUSBESITZER VERPRELLT

Wenn man in einem Sanierungsgebiet Wohneigentum hat, muss man, wenn die Sanierung abgeschlossen ist, für den Wertzuwachs seines Grundstücks etwas bezahlen. So steht es im Baugesetzbuch. Und das ist auch jedem bekannt.

In der Königwinterer Altstadt gilt das jedoch nicht. Nach Abschluss der Sanierung wurden weniger als ein Drittel der betroffenen Hausbesitzer zu einer Abgabe herangezogen. Sowohl die Begründung als auch die Höhe des Wertzuwachses mussten in etlichen Fällen in Frage gestellt werden. Diese Daten ermittelt allerdings nicht die Stadt, sondern ein unabhängiger Gutachterausschuss. Dessen Gutachten konnte jedoch, als die Stadt die Hausbesitzer zu einer Informationsveranstaltung einlud, nicht eingesehen werden. Denn es wurde erst einen Tag später auf der Website veröffentlicht. Kein Wunder, dass verunsicherte und empörte Bürger zurückgelassen wurden.

Die KöWi-Fraktion hat deshalb beantragt, die Zeiten, in denen die Hauseigentümer Einsprüche erheben können, zu verlängern und die Gespräche vom Bauamt in Thomasberg in die Altstadt zu verlegen. Die Mehrheitskoalition folgte diesem Antrag jedoch nicht. Die Einspruchsfrist verstrich, die Protestwelle jedoch nicht. Nun wird überlegt, wie man den Eigentümern entgegenkommen kann. Dies hätte man gleich haben können. So wurde mutwillig Politikverdrossenheit produziert. ■

BÜRGERBETEILIGUNG: CHANCEN, DIE MAN NUTZEN MUSS

Welche Rechte habe ich? Wie kann ich mitbestimmen? Wann kann ich einen Bürgerantrag stellen? Die meisten Bürger wissen nicht, welche Möglichkeiten der Mitbestimmung sie in einem Gemeinwesen haben. Wenig Wissen besteht auch über die Abläufe formaler Verfahren wie beispielsweise der Prozess der Bauleitplanung.

Auch wenn wir die Mitwirkungsrechte teilweise für unzureichend halten, ist es wichtig, sie anzuwenden und mit Leben zu füllen. Dafür muss man wissen, welche Rechte es gibt. Deshalb hat die KöWi-Fraktion für Sie einen Flyer zusammengestellt und erläutert.

Der Flyer kann gerne z.B. von Bürger- oder Nachbarschaftsinitiativen sowie Vereinen auch in größerer Stückzahl per Mail angefordert werden: fraktion@koewi-online.de. ■



RATHAUS: DER BLICK IN DIE ZUKUNFT MITARBEITER UND BÜRGER SOLLEN PROFITIEREN



NACHGEFRAGT BEIM
KÖWI-FRAKTIONS-
VORSITZENDEN

KöWI-Journal: Hat Königswinter keine anderen Probleme, als ein neues Rathaus zu bauen?



Wagner: Tatsächlich hat unsere Stadt derzeit einige größere Baustellen wie beispielsweise den Neubau des Hallenbades und der KiTa in der Altstadt oder die Entwicklung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK). Aber wir haben die notwendigen Sanierungen der Rathäuser aus finanziellen Gründen immer weiter vor uns hergeschoben. Jetzt besteht auch aufgrund gesetzlicher Anforderungen umfangreicher Handlungsbedarf. Wir haben es hier keinesfalls mit einem Luxusproblem zu tun.

KöWI-Journal: Wird für die Bürger alles besser mit einem neuen Rathaus?

Wagner: Es ist ja nicht so, dass allein ein moderner, freundlicher Neubau schon viele Vorteile für die Bürger bringt. Viel wichtiger ist es, den digitalen Fortschritt zu nutzen und den Bürgerinnen und Bürgern einen verbesserten Service anzubieten. Die Wege zum Rathaus dürfen nicht länger werden, vielmehr müssen sie seltener werden. Eine hilfsbereite und dienstleistungsorientierte Verwaltung hängt darüber hinaus noch von vielen anderen Faktoren als von einem Gebäude ab. ■

Braucht Königswinter ein zentrales Verwaltungsgebäude oder hält man doch besser an der gewohnten Struktur mit drei Standorten fest? Nachdem ein Rathausneubau 2011 von der Politik schon beerdigt wurde, hat ein Prüfinhweis der Gemeindeprüfanstalt das Thema erneut auf die politische Agenda gebracht. Und wieder mit dem Hinweis auf die organisatorischen und damit ökonomischen Vorteile durch ein zentrales Verwaltungsgebäude. Der 2017 durchgeführte Wirtschaftlichkeitsvergleich der beiden Varianten, berechnet für 30 Jahre, hat dies zunächst nicht bestätigt.



Für den KöWI-Fraktionsvorsitzenden Lutz Wagner greift die Frage der Haushaltsentlastung alleine auch viel zu kurz: „Der Wirtschaftlichkeitsvergleich hat sehr deutlich gezeigt, dass egal, ob die Stadt ein neues Verwaltungsgebäude baut oder die dringend notwendigen Erhaltungsaufwendungen für die Altstandorte realisieren wird: Der finanzielle Aufwand wird erheblich sein, und es wird sicherlich nicht bei den kalkulierten 27 Millionen Euro bleiben. Angesichts dieser großen finanziellen Anstrengungen sind wir verpflichtet, das Rathaus für die nächsten drei Jahrzehnte zu entwickeln, d.h. es muss zukunftsfähig sein. Und dieser

Blick in die Zukunft muss jetzt erfolgen, bevor über einen möglichen Neubau eines Rathauses oder den Erhalt des Status quo entschieden wird. Jetzt müssen die Voraussetzungen für eine moderne, zukunftsorientierte Verwaltungsarbeit geschaffen werden.“

ANTRAG EINSTIMMIG UNTERSTÜTZT

Einem entsprechenden Antrag der KöWI-Fraktion ist der Rat in seiner letzten Sitzung einstimmig gefolgt. In Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister soll erst einmal eine Bestandsaufnahme der bisherigen organisatorischen Abläufe, der Arbeitsprozesse und Arbeitsweisen der Verwaltung erstellt und analysiert werden. Auf der Basis dieser Analyse soll ein Anforderungsprofil für das Raum- und Arbeitsumgebungskonzept eines zukünftigen Rathauses erstellt werden.

In diesem Prozess müssen sich auch Politik und Verwaltung darüber hinaus mit einigen grundlegenden Anforderungen beschäftigen: Wie soll das Königswinterer Rathaus der Zukunft aussehen? Wie kann der Service für die Bürgerinnen und Bürger entscheidend verbessert werden? Und nicht zuletzt: Wie wird der digitale Fortschritt realisiert?

„Unabhängig von einem gewissen Nachholbedarf in unserer Stadt“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Florian Striewe, „werden sich hier die Bedingungen und die Möglichkeiten durch die Digitalisierung der Prozesse rasant verändern. Auch dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Danach können wir auch auf Basis eines neuen Wirtschaftlichkeitsvergleiches eine Entscheidung für eine der beiden Varianten treffen.. ■

▶ OFFENE GANZTAGSSCHULE (OGS) ÜBERMITTAG-BETREUUNG WETTERFEST MACHEN



Zusätzliche OGS-Plätze werden geschaffen

Erneut haben nicht alle Kinder in Königswinter in diesem Sommer einen Platz an den Offenen Ganztagschulen erhalten. In Niederdollendorf, Oberpleis und Eudenbach soll es nun endlich Abhilfe geben. Mit Beschlüssen des Schulausschusses und des Rates sind die Voraussetzungen für eine Erhöhung der Kapazitäten geschaffen worden.

Denn mit dem anhaltenden Run auf das Betreuungsangebot stoßen die Einrichtungen weiterhin an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Folge sind lange Wartelisten und hilflose Eltern. „Kleinere Erweiterungen und teils Überbelegungen helfen uns nicht mehr weiter und sind rechtlich höchst problematisch“, so Schulausschussvorsitzender Florian Striewe. Dramatisch zeigt

sich dies insbesondere in Eudenbach. Hier arbeitet die OGS bereits mit einer 45%igen Überbelegung. An allen drei Standorten wird eine Verbesserung der Situation nur mit einer baulichen Erweiterung möglich sein. Dies dürfte durch den Aufbau neuer bzw. die Aufstockung vorhandener Container realisiert werden können (jeweils um 25 Plätze im Schuljahr 2019/20). Im Folgejahr kommt es in Oberpleis zu einer weiteren baulichen Erweiterung (+25 Plätze).

Die genauen Kosten für alle drei Standorte muss das Gebäudemanagement nun für die Haushaltsberatungen liefern. Die KöWI-Fraktion hat diese Erweiterungen immer wieder gefordert und auf Transparenz und Planungssicherheit für Schulen, OGS-Träger und Eltern gepocht. Mit Erfolg. ■

▶ IT-INFRASTRUKTUR BIS 2021 AUCH IN KÖNIGSWINTER: GRUNDSCHULEN ANS NETZ

Die Digitalisierung unserer Bildungslandschaft ist in aller Munde. Von uneingeschränkter Bejahung der Entwicklung bis hin zu größter Skepsis reicht die Diskussion. Dabei dürfte es außer Frage stehen, dass wir die Chancen ergreifen, aber auch die teils berechtigten Bedenken gegenüber der Technisierung des Unterrichts und Lernens ernst nehmen müssen. Als KöWIs begrüßen wir die Entwicklung mit der notwendigen Skepsis.

Mit dem Schulzentrum in Oberpleis hat Königswinter die Weichen gestellt. Nun nahm der Schulausschuss die Grundschulen in den Blick. Bis 2021 – so der beschlossene Zeitplan – werden alle Grundschulen die notwendige IT-Infra-

struktur erhalten. Gleichzeitig arbeiten Schulen und Verwaltung an den neuen Medienentwicklungsplänen, die die geschaffenen Möglichkeiten nutzbar machen sollen. Eine Investition mit enormem finanziellem und personellem Aufwand. Für Planung, Ausschreibungen und Durchführung geht die Verwaltung nach eine ersten pauschalen Schätzung von knapp über 2 Mio. € an Investitionen aus.

Entscheidend wird aber sein, wie sich unsere Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen der technischen Möglichkeiten bedienen. Neben der Aus- und Weiterbildung wird es auch um die Ausstattung an den Schulen gehen müssen. Hier gilt es als Stadt ein verlässlicher Partner zu sein. ■

ISEK: GROSSER WURF ODER STÜCKWERK?

Ein wirksames Planungsinstrument, mit dem erstmalig alle planungsrelevanten kommunalen Handlungsfelder, von der Bauplanung über den Umweltschutz bis zur Bildungs- und Sozialplanung einer integrierten Sichtweise und Steuerung unterzogen werden, soll das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ für Königswinter (ISEK) sein. Bisher liegen dem Planungs- und Umweltausschuss lediglich die Auswertung der drei Bürgerworkshops und die darauf aufbauenden Entwürfe des Leitbildes und der Leitsätze vor.

Bisher sind die Auswertungen sehr stark durch den Blickwinkel der Bodenverwertung geprägt. Im Winter sollen nun die Daten aus dem Sozial- und Bildungsbereich einbezogen werden. Zudem wird der externe Dienstleister noch seine Fachbeiträge zu den Themen Natur und Umwelt sowie Verkehr vorlegen. Dies alles sollte dann Einfluss auf das Leitbild der Stadt haben. Dann wird sich zeigen, ob in Königswinter ein großer Wurf gelingt. ■

KOMMUNALPOLITIK TRANSPARENT: MITMACHEN ERWÜNSCHT

Die KöWI-Fraktion lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, in ihren kommunalpolitischen Arbeitskreisen mitzumachen.

Die Treffen sind grundsätzlich öffentlich und finden immer um 19 Uhr im Sitzungsraum der Paul-Moor-Schule (Boserother Straße 74) in Oberpleis statt.

Im Arbeitskreis „Bildung und Soziales“ geht es um die Themen Schule, Kultur, Jugendhilfe und die Fachbereiche des Ausschusses für Soziales, Generationen und Integration sowie Tourismus. Im Arbeitskreis „Stadtentwicklung“ wird über Stadtplanung, Bauen, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz diskutiert.

Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht.



DIE KOMMENDEN TERMINE

- Arbeitskreis Stadtentwicklung
21. November 2018
- Arbeitskreis Bildung und Soziales
27. November 2018

Weitere Termine finden Sie unter www.koewi-online.de ■

► WIR SIND FÜR SIE DA!

VIELE OFFENE OHREN FÜR IHRE ANLIEGEN

RATSMITGLIEDER



Lutz Wagner, Uthweiler
Vorsitzender Ratsfraktion
Finanzen, Stadtentwicklung,
Umwelt- u. Naturschutz
lutz.wagner@koewi-online.de
02244-918605



Michael Ridder, Oberhau
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Bauen, Stadtentwicklung,
Wirtschaftsförderung
mail@michael-ridder.de
02244-912040



Florian Striewe,
Niederdollendorf
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Schule, Soziales, Migration
florian.striewe@koewi-online.de
02223-904619



Alexander Stucke
Oberpleis
Bauen und Verkehr, Rech-
nungsprüfung
astucke@online.de
02244 - 6609



Stephan Bergmann
Uthweiler
Jugendhilfe, Stadtentwicklung
stephan.bergmann@
koewi-online.de
02244-903022



Peter Landsberg, Altstadt
Soziales, Rechnungsprüfung
peterlandsberg@
yahoo.de
02223-279848



Sibylle Dickmann
Uthweiler
Jugendhilfe, Soziales
sibylle.dickmann@gmx.de
02244-8419964



Cora Ridder, Oberhau
Schule, Jugendhilfe,
Tourismus
mail@cora-ridder.de
02244-912040



Uwe Hupke, Ittenbach
Bauen und Verkehr, Sport
uwe.hupke@t-online.de
02244-6665
0171-2700217



Thomas Mauel
Oberdollendorf
Sport, Abwasserbetrieb
thomas_mauel@freenet.de
0170-5723992



Hannelore Stucke
Oberpleis
Schule, Sport
h.stucke@online.de
02244-6609

KÖWI-FLYER " DAS IST KÖWI"

Erst 2009 gegründet, haben die Köwis bei der Kommunalwahl 2014 bereits 21 % der Stimmen erhalten und sitzen seitdem mit 11 Ratsmitgliedern im Rat der Stadt Königswinter. Was aber unterscheidet die Königswinterer Wählerinitiative von den politischen Parteien? Für welche politischen Inhalte stehen die Köwis?



**Ressourcenschonende
Stadtentwicklung**



**Generationengerechte
Sozialpolitik**



**Zukunftsfähige
Finanzpolitik**



**Weitreichende
Bürgerbeteiligung**

Das sind aus Sicht der Königswinterer Wählerinitiative die Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Was genau damit gemeint ist und welche Vorstellungen und Positionen über die Tagespolitik hinaus von der Wählerinitiative vertreten werden, erläutern die Köwis in ihrem neuen Imageflyer. Er kann über folgende E-Mail-Adresse bestellt werden: mitmachen@koewi-online.de.

Wenn Sie Interesse haben: Schauen Sie doch auch einfach mal vorbei.

Wir freuen uns auf Sie!

SACHKUNDIGE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Victoria Ammon, Altstadt,
Schule, Altstadt
victoria.ammon@web.de, 02223-28231

Dr. Gisela Feller, Niederdollendorf,
Stadtentwicklung, Bildung
02223-24781

Birgit Kampa, Ittenbach, Familie, Mig-
ration, Soziales, Schule, birgit.kampa@
gmail.com, 0178-3930320

Frank Mehlis, Heisterbacherrott, Natur-
und Umweltschutz, Stadtentwicklung
mehlis@gmx.net, 02244-900302

Ulrike Ries, Altstadt, Migration,
Stadtentwicklung, Tourismus, Kultur
ulrikeries@yahoo.de, 02223-298360

Manuela Rossbach, Altstadt,
Soziales, Migration, Altstadtentwicklung
rossbach@koewi.net, 02223-4705

Dr. Friedemann Spicker, Thomasberg,
Stadtentwicklung, Senioren
AFSpicker@t-online.de, 02244-900990

Dr. Angelika Spicker-Wendt, Thomasberg,
Soziales, Migration, Senioren, a.spicker-
wendt@t-online.de, 02244-900992

Stephanie Striewe, Oberdollendorf,
Soziales und Migration
stephanie.c.mueller@googlemail.com



**Fraktionsbüro
Königswinterer Wählerinitiative e.V.**
Boserothstraße 74
(Paul-Moor-Schule),
fraktion@koewi-online.de
www.koewi-online.de

Bürgersprechstunde:
jeden 1. und 3. Freitag, 14-16 Uhr
und nach Vereinbarung



IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Florian Striewe,
Lindenstraße 29, 53639 Königswinter
Koordination: Lutz Wagner
Redaktion: S. Bergmann, P. Landsberg,
U. Ries, F. Striewe, L. Wagner
Bilder: U. Ries und L. Wagner
Layout: www.lichterloh-design.de
Druck: www.siebengebirgsdruck.de